

## Alternativen zur EU-Kürzungspolitik

### EXPERTENANHÖRUNG (POLITIKBERATUNG, LOBBYING)

Eine Expertenanhörung ist die Simulation eines politischen Beratungsverfahrens. Hierzu werden fachkundige Expertisen unterschiedlicher Interessengruppen, d. h. von wirtschaftlichen Akteuren, zivilgesellschaftlichen Verbänden, Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Wissenschaftler\_innen eingeholt. Idealerweise berücksichtigen politische Entscheidungsträger\_innen in ausgewogener Weise die Stellungen derjenigen, die von den Regulierungen betroffenen sind. Um den Einfluss von Lobbyist\_innen und (mehr oder weniger selbst ernannten) Expert\_innen auf die Politik transparenter zu gestalten, wurde auf EU-Ebene ein Lobbyregister eingerichtet. Demnach vertreten in Brüssel etwa 70 Prozent aller Berater\_innen und Lobbyist\_innen Unternehmensinteressen. Zunehmend werden jedoch auch Gewerkschaften, Sozialverbände und NGOs (wie z. B. Friends of the Earth, Attac, Finance Watch, u. a.) als Expert\_innen in politischen Entscheidungsprozessen konsultiert.

#### Vorgehen:

Die Lernenden erarbeiten ausgewählte Positionen von Interessengruppen und simulieren eine

Expertenanhörung vor politischen Entscheidungsträgern (z. B. vor dem Rat der Europäischen Finanzminister oder dem Finanzausschuss des Europäischen Parlaments). Die Expertengruppen entwickeln auf Basis ausgewählter Materialien Rollenkarten, auf denen die wichtigsten Positionen festgehalten werden. Es wird ein kurzes Statement und eine Empfehlung zur aktuellen Streitfrage vorbereitet. Je ein\_e Vertreter\_in jeder Interessengruppe wird gewählt, welche\_r in der Expertenanhörung mit möglichst verlässlichen (belegbaren) fachlichen Argumenten die Position der jeweiligen Gruppe überzeugend vertritt. Es ist ein\_e Moderator\_in zu bestimmen, welche\_r die Leitung und Strukturierung der Diskussion übernimmt.

Anschließend folgt eine Reflexionsphase, in der die gewonnenen Erkenntnisse und der Ablauf der Expertenanhörung ausgewertet werden. Neben der inhaltlichen Reflexion sind somit auch ein Nachvollziehen des Ablaufs politischer Beratungsverfahren sowie die Analyse des Einflusses von Expert\_innen und Lobbyist\_innen auf politische Entscheidungen möglich. Welche Argumente waren am wichtigsten? Inwiefern wurde ein Kompromiss gefunden? Wie haben die Akteure ihre Positionen durchgesetzt und somit Einfluss auf Politiker\_innen ausgeübt?

### ARBEITSVORSCHLAG: EXPERTENANHÖRUNG

Sie simulieren eine Anhörung vor der EU-Kommission zu der Frage »Wie ist die zukünftige EU-Krisenpolitik zu gestalten?« Um eine Entscheidung zu ermöglichen, beraten Sie sich zunächst in verschiedenen Interessengruppen aus der Bevölkerung und danach in Staatengruppen, welche aus je einem\_r Vertreter\_in der Interessengruppen bestehen.

**1. Vorbereitung:** Finden Sie sich in Interessengruppen (Arbeitslose, Arbeiter\_innen/Angestellte, Beamt\_innen, Unternehmer\_innen, Manager\_innen, Studierende/Schüler\_innen) zusammen und diskutieren Sie den DGB-Marshallplan (M1) im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik. Entscheiden Sie sich anschließend, an welchem Konzept sich die zukünftige Krisenpolitik der EU orientieren soll und vertreten Sie diese Position in der nächsten Phase in den Staatengruppen.

Berücksichtigen Sie ggf. auch die auf den vorhergehenden Arbeitsblättern erarbeiteten und analysierten Daten.

#### Leitfragen:

- Inwiefern hätte der DGB-Marshallplan die Situation Ihrer Interessengruppe im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik positiv oder negativ beeinflusst?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie in dem DGB-Marshallplan? Welche Grenzen (auch bezüglich der Umsetzung) existieren?

**2. Vorbereitung:** Finden Sie sich in Staatengruppen (Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Portugal) zusammen, welche aus je einem\_r Vertreter\_in der Interessengruppen bestehen. Nun diskutieren Sie innerhalb Ihres Staates unter Einbeziehung der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und deren Positionen über den DGB Marshallplan im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik. Führen Sie eine Entscheidung herbei, welche von möglichst breiten Bevölkerungsteilen getragen wird und in der folgenden Phase der Expertenanhörung vertreten wird.

**Leitfragen**

- Inwiefern hätte der DGB-Marshallplan die Situation Ihres Staates im Vergleich zur EU-Austeritätspolitik positiv oder negativ beeinflusst?
- Welche Möglichkeiten sehen Sie in dem DGB-Marshallplan? Welche Grenzen (auch bezüglich der Umsetzung) existieren?

**3. Durchführung:** Sie führen eine Expertenanhörung vor der EU-Kommission zu der Frage »Wie ist die zukünftige EU-Krisenpolitik zu gestalten?« durch, an der Vertreter\_innen der aus unterschiedlichen Interessengruppen bestehenden Staaten teilnehmen.

Bestimmen Sie eine\_n Moderator\_in, welche\_r als Vorsitzender der Kommission neutral ist und die Aufgabe hat, auf die Einhaltung der Regeln einer formalisierten Debatte zu achten.

**4. Reflektion:** Reflektieren Sie den Ablauf der Expertenanhörung sowie die Vor- und Nachteile des DGB-Marshallplans für verschiedene Interessengruppen. Welche Entscheidungen wurden getroffen? Welche Argumente waren am gewichtigsten? Inwiefern wurden Veränderungen im Meinungsbild der Beteiligten herbeigeführt? \_\_\_\_\_

**M1 Investition in die Zukunft:  
Ein neuer Marshallplan für Europa**

1 Die Kürzungspolitik der EU führt den Kontinent  
immer tiefer in die Depression. Auch in Nicht-  
Krisenstaaten schwindet die Zukunftsfähigkeit.  
Nur eine Investitionsoffensive, ein neuer »Mar-  
shallplan« macht Europa wieder wettbewerbsfähig  
und schafft wirtschaftlichen Erfolg: Für ein neues  
Vertrauen der Europäer in die Zukunft ihrer Län-  
der und in Europa als Ganzes. [...]  
Heute leidet Europa nicht unter Kriegsfolgen,  
10 dafür aber unter den Folgen einer zerstörerischen  
Krise: In einigen Ländern ist jeder Vierte arbeitslos,  
Armut breitet sich aus. Die Kürzungspolitik führt  
immer tiefer in die Depression und zerstört Wirt-  
schaftsstrukturen. Auch in Nicht-Krisenstaaten  
15 schwindet die Zukunftsfähigkeit: In Deutschland  
rotten Straßen, Brücken und Abwasserkanäle vor  
sich hin. Es gibt weder genug Kindertagesstätten  
noch genug altersgerechten Wohnraum. Europa  
versagt im Kampf gegen den Klimawandel. Der  
20 Investitionsbedarf ist immens.  
Deshalb schlägt der Deutsche Gewerkschafts-  
bund einen auf zehn Jahre angelegten neuen  
»Marshallplan für Europa« vor. Eine Investitions-  
offensive von jährlich 260 Milliarden Euro, zwei  
25 Prozent des EU-BIP, soll die Voraussetzung für  
Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg  
Europas schaffen. Investitionen von jährlich 150  
Milliarden Euro in erneuerbare Energien, Netze  
und energetische Gebäudesanierung senken den  
30 EU-Energiebedarf und die Brennstoffimporte  
langfristig um jährlich 300 Milliarden Euro. 60  
Milliarden Euro schaffen eine nachhaltige Ver-  
kehrsinfrastruktur und angemessen ausgestattete  
Krankenhäuser und Schulen in Europa. Zulagen  
35 und zinsgünstige Kredite in Höhe von 30 Mil-  
liarden Euro könnten private Investitionen in

Aufbau und Erhalt industrieller Strukturen för-  
dern, die wegen Rezession und Bankenkrise nicht  
vorankommen.  
Die Europäische Union kann das aus eigener  
Kraft stemmen – ohne die EU-Schuldengrenzen  
und den Fiskalpakt zu verletzen. In Westeuropa  
gibt es rund 27 Billionen Euro an privatem Geld-  
vermögen. Krisenbedingt fehlt es aber an siche-  
ren Anlageformen – etwa für Versicherungen und  
45 Pensionsfonds. Der letzte sichere Hafen sind deut-  
sche Staatsanleihen. Doch die werfen praktisch  
keine Zinsen mehr ab.  
Dem Investitionsbedarf in Europa steht also  
50 Anlage suchendes Kapital gegenüber. Um beides  
zusammenzubringen, fordert der DGB, einen  
»Europäischen Zukunftsfonds«, der vom Europä-  
ischen Parlament kontrolliert wird. Dieser Fonds  
gibt verzinsliche Anleihen aus und schafft so An-  
lagemöglichkeiten. Zins- und Tilgungszahlen  
55 kommen aus den Einnahmen einer Finanztrans-  
aktionssteuer. Damit der Fonds genug Kapital  
einsammeln kann, muss er als solventer Schuldner  
gelten. Dazu braucht er genug Eigenkapital, das  
60 durch eine einmalige Vermögensabgabe aufge-  
bracht werden kann.  
Der Marshallplan würde die EU-Wirtschafts-  
leistung um rund 400 Milliarden Euro pro Jahr  
erhöhen. Eine gute Grundlage für neun bis elf  
70 Millionen zusätzliche Vollzeitjobs, und zusätzliche  
Einnahmen an Steuern und Sozialversicherungs-  
beiträgen. Mit Prosperität und Wohlstand für alle  
wächst dann auch wieder das Vertrauen der Euro-  
päer – in die Zukunft ihrer Länder und in Europa  
als Ganzes. ■ Quelle: Stellungnahme des DGB-Vorstandsmitgliedes Claus  
Matecki vom 17.07.2013

**ARBEITSVORSCHLAG (IM ANSCHLUSS AN DIE EXPERTENANHÖRUNG)**

5. Überlegen Sie, inwiefern der DGB-Marshallplan weitreichend genug ist, um die wirtschaftlichen Ungleichgewichte in der EU zu kompensieren, oder ob nicht etwa grundlegende Veränderungen des Wirtschafts- und Finanzsystems notwendig wä-

ren. Ausgehend von dieser Frage analysieren Sie zunächst allein, danach in Ihren Staatengruppen den Vorschlag zur Vergesellschaftung des Kreditsektors (M2). Unter Einbeziehung verschiedener Interessengruppen beurteilen Sie für Ihren Staat den Nutzen und die Relevanz des Konzeptes.

**M2 Vergesellschaftung des Kreditsektors unter Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger**

1 [...] Die Kapitalisten haben gezeigt, bis zu welchem Grad sie fähig sind, Gesetzen zuwiderzuhandeln und Risiken einzugehen, ohne die Folgen zu tragen, nur um ihre Gewinne zu steigern. Ihre Tätigkeit kostet die Gesellschaft regelmäßig einen hohen Preis. Die Gesellschaft, die wir aufbauen wollen, hat als Leitbild Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und die Wiederherstellung ausgeglichener Beziehungen zwischen den Menschen und der übrigen Natur. Aus diesen Gründen muss der Kreditsektor vergesellschaftet werden. Frédéric Lordon schlägt dazu »eine vollständige Entprivatisierung des Kreditsektors vor« (Lordon 2012: 242).

15 Den Kreditsektor vergesellschaften bedeutet:

- die entschädigungslose (oder höchstens symbolische Entschädigung mit einem Euro) Entzeignung der Großaktionäre; Kleinaktionäre werden entschädigt;
- 20 - die Überführung des gesamten Bankensektors in den öffentlichen Dienst, mit Ausnahme der kleinen Genossenschaftsbanken; für diese gelten dieselben Regeln wie für die öffentlichen Banken;
- 25 - die Schaffung eines Netzwerkes öffentlicher Spar-, Kredit- und Investitionsbanken mit kleinen, bürgernahen Standorten;
- die Festschreibung der Ziele und Maßnahmen in einer unter Beteiligung von Bürgervertretern ausgearbeiteten Charta;
- 30 - Transparenz in der Kontenbuchführung, die der Öffentlichkeit allgemeinverständlich dargelegt werden muss.

35 Ich bevorzuge den Begriff »Vergesellschaftung« gegenüber dem der »Nationalisierung« oder »Verstaatlichung« um klarzustellen, wie entscheidend die Kontrolle durch die Bürger ist. Kontrolle be-

deutet, dass die Beschlüsse von Führungskräften, Vertretern der Angestellten, der Kunden, der Vereine, Gemeindeabgeordnete sowie Vertreter nationaler und regionaler Bankgremien gemeinsam gefasst werden. Wie die Bürger eine aktive Kontrolle ausüben können, kann nur auf demokratischem Wege festgelegt werden. Die Beschäftigten im Bankensektor müssen ermutigt werden, die Bankgeschäfte zu kontrollieren und sich an der Organisation der Arbeit aktiv zu beteiligen. Die Geschäftsleitungen der Banken müssen jährlich einen öffentlichen Tätigkeitsbericht vorlegen. Es muss ein bürgernaher und qualitativ hochwertiger Bankdienst gefordert werden, der mit der derzeitigen Auslagerungspolitik bricht. Das Personal der Finanzinstitute muss ermutigt werden, die Kundenschaft wirklich zu beraten und mit aggressiven Geschäftspraktiken zu brechen.

Die Vergesellschaftung des Bankensektors und seine Überführung in den öffentlichen Dienst ermöglicht:

- 60 - die Bürger und die öffentlichen Einrichtungen der Macht der Finanzmärkte zu entziehen;
- die Projekte der Bürger und der öffentlichen Hand zu finanzieren;
- die Bankgeschäfte dem Gemeinwohl zu widmen, unter anderem mit dem Auftrag, den Übergang von einer kapitalistischen und produktivistischen zu einer sozial und ökologisch ausgerichteten Wirtschaft zu erleichtern;

70 Patrick Saurin schreibt hierzu: »Heute geht es nicht mehr darum, die Verluste der Banken zu vergesellschaften, sondern den Bankbetrieb selbst, in seinem vollen Umfang« (Saurin 2013; Sud

groupe BPCE 2012). [...] ■ Quelle: Eric Toussaint (2014): Alternativen zur Krise, in: *Emanzipation*, 4/2